

e-mail-Antwort vom 18.2.10

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schrimpff,

Ihre mails wurde uns von unserem Fraktionsbüro bzw. unserem Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier mit der Bitte um Beantwortung weitergeleitet. Wir danken für Ihre Initiative und ich möchte gerne Ihnen in seinem Auftrag unsere Position darstellen, die sich mit der Ihrigen weitgehend deckt.

Für uns steht fest: Die vom Bundesumweltminister Norbert Röttgen angekündigte Absenkung der EEG-Vergütung für Photovoltaik-Anlagen ist mit der SPD so nicht zu machen. Hinzu kommt, dass die Verhandlungen in der schwarz-gelben Koalition nicht von Sachkompetenz zeugen und es offensichtlich nicht bei einem zielgenauen Abbau einer Überförderung bleibt.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht angesichts der rasanten Kostensenkungen für Solaranlagen im vergangenen Jahr zwar Spielraum für eine zusätzliche Vergütungsabsenkung, doch wir befürchten wie Sie, dass das überstürzte Vorgehen von Bundesumweltminister Röttgen für die Entwicklung der Solarbranche unabsehbare Risiken birgt, nicht zuletzt, da dessen Pläne nach unserer Kenntnis auf einer schwachen kalkulatorischen Grundlage fußen. Die Vergütungskürzung stellt zahlreiche Investoren vor große Probleme. Viele Solaranlagen, deren Bau bereits in Planung ist, werden -- auch aufgrund der Witterung - erst nach Juni in Betrieb gehen können. Durch eine kurzfristige Absenkung der Vergütungssätze wären unzählige Finanzierungskonzepte auf den Kopf gestellt und nicht mehr realisierbar. Dies schadet dem Vertrauen, das dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) seit seinem Inkrafttreten vor fast zehn Jahren entgegen gebracht wird. Im Jahr 2000 hatte eine rot-grüne Mehrheit das Gesetz beschlossen, das eine Einspeisegarantie und feste Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien vor sieht. Die Branche erlebt seither auf dieser Grundlage einen beispiellosen Boom.

Damit der Ausbau der Solarenergie unvermindert fortgeführt und weiter beschleunigt werden kann, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für langfristige Regelungen ein, die Investitionssicherheit für die Branche, Investoren, Handwerk und Anlagenbetreiber bieten. Eine zusätzliche Vergütungsabsenkung sollte auch für Dachanlagen nicht vor dem 1. Juli durchgeführt werden. Die Höhe einer zusätzlichen Vergütungsabsenkung sollte sich an wissenschaftlichen Analysen ausrichten, die das Entwicklungspotenzial der Solarbranche mit in Betracht ziehen. Für bereits fest geplante Anlagen sollte ein Bestandsschutz gelten, der den Investoren die aktuellen Vergütungssätze garantiert. Der Degressionskorridor sollte darüber hinaus nicht kurzfristig neu geregelt werden. Vielmehr sollte erst im Jahr 2011 über eine Anpassung diskutiert werden, wenn abzusehen ist, wie die Solarbranche mit der zusätzlichen Kürzung fertig geworden ist. Eine gesonderte und verschärfte Vergütungsabsenkung für Freiflächenanlagen und den damit verbundenen Versuch der Bundesregierung, den Ausbau dieser Anlagen zu begrenzen, lehnen wir grundsätzlich ab. Die Vergabe von Freiflächen sollte weiterhin in der Hand der Kommunen liegen und von diesen je nach regionalen Bedürfnissen und Strukturen sinnvoll geregelt werden. Was wir jetzt brauchen, sind durchdachte Lösungen und keine Hauruck-Aktionen.

Wir stehen für eine Anpassung der Förderung erst nach eingehender Auseinandersetzung mit dem bisher nicht zugänglich gemachten Datenmaterial, das der Bundesumweltminister als Berechnungsgrundlage für seinen Vorschlag verwendet hat. Wir werden selbstverständlich nach Vorlage eines Gesetzentwurfes eine Anhörung im Umweltausschuss beantragen. Mit unseren Partnern in den Kommunen, Vertretern der Solarindustrie und dem Handwerk wird die SPD in den Wahlkreisen für eine gerechte und verträgliche Kürzung der Förderung eintreten und für die Erhaltung der von den angekündigten Kürzungen betroffenen Arbeitsplätze in Deutschland kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen  
Heidemarie Apel

--

.....  
.....

DR. HEIDEMARIE APEL-SHMELTER  
- KOORDINIERENDE REFERENTIN -  
ARBEITSGRUPPE UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT  
BÜRO: JAKOB-KAISER-HAUS, RAUM E449, 10117 BERLIN  
TELEFON: 030 - 227 52994 / TELEFAX: 030 - 227 56894  
MOBIL: 0152/226-51066  
E-MAIL: [HEIDEMARIE.APEL@SPDFRAKTION.DE](mailto:HEIDEMARIE.APEL@SPDFRAKTION.DE)